Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herr Gerry Kley, zur Verabschiedung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie des Beteiligungsberichts über das Jahr 2008 der Stadt Halle

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren,

hatten wir in der letzten Sitzung den Haushalt 2009, so wird heute bereits der Haushalt 2010 behandelt. Man sieht, in dieser Stadt ist man schnell bei der Verabschiedung von Haushalten, so mag es jedenfalls auf den ersten Blick scheinen.

Das andere sagt uns, dass in der letzten Sitzung der Haushalt 2009 noch einmal verändert wurde in der Befürchtung, dass dieser Haushalt nicht so schnell bestätigt wird, man aber trotzdem bereit ist, Ausgaben jederzeit zu tätigen.

Dass der Haushalt 2010 offensichtlich auch der Verwaltung nicht so recht gefallen hat, war zum einen daran zu merken, dass er gar nicht eingebracht wurde - ich glaube, ein einmaliger Vorgang in dieser Stadt. Die Verwaltung war sich offensichtlich nicht sicher, ob sie dieses Papier, das in mehreren Tranchen den Stadträten nachgeliefert wurde, ernsthaft verteidigen möchte.

Zum anderen war auch die heutige Darstellung des Beigeordneten nur darauf ausgerichtet, hinzuweisen, dass andere Schuld hätten, dass dieses Defizit auftritt. Es war der Verweis auf das Land, welches offensichtlich nicht bereit ist, die Ausgabenwünsche dieses Stadtrates oder zumindest der die Verwaltung tragenden - also Beigeordnetenstellen und Fraktionen - zu erfüllen.

Natürlich kann man dem übereinstimmen und wir haben auch als FDP-Fraktion im Landtag einen Antrag gehabt für ein neues FAG in Übereinstimmung mit dem Städte- und Gemeindebund, welches die Situation der ausgabenbezogenen Zuweisung deutlich verändert hätte. Als unser Antrag eingebracht wurde, habe ich keine Hand gesehen aus den Reihen der Stadträte, die hier sitzen und die auch im Landtag vertreten sind.

Man sollte also durchaus bei den Forderungen an den Landtag überlegen, ob man dieses auch in den anderen Häusern so vertritt oder ob das hier nur dazu dient, auf die eigene Schwäche bei Einsparungen zu verzichten, zu verweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema der Eingemeindung - glaube ich - können wir uns für die nächsten Debatten endgültig sparen. Ein Antrag der FDP hier in diesem Hause - bereits vor 2 Monaten gestellt - liegt bis heute in den Ausschüssen, weil man Angst hat, auch nur eine Kommune zu nennen, mit der man vielleicht zukünftig gemeinsam gehen möchte. Wir haben hier nicht einmal den Mut, unsere Ziele klar zu definieren, fordern aber von anderen, diese Wünsche zu erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestalten heißt auch im Mangel gestalten. Wir verwalten diesen Haushalt nur, das ist richtig. Aber nicht, weil wir zu wenig Geld haben, sondern weil niemand den Mut hat, einmal einen klaren Kassensturz zu machen und über Leistungen zu diskutieren, die wir uns vielleicht zukünftig nicht mehr leisten können und uns hätten gar nicht leisten sollen. Und Herr Geier, da hätte durchaus ein Benchmarking uns mal geholfen, eine Darstellung der Kosten in anderen Kommunen. Das ist vermieden worden.

Stattdessen eine allgemeine Darstellung, das Land ist Schuld, das nimmt uns das Geld weg. Nicht wir sind Schuld. Nichtanträge wie der vorhin, der einfach höhere Leistung beschließt, obwohl das Geld gar nicht da ist. Nichtanträge, die wir nachher noch abstimmen, man möge dort oder dort mehr Geld reinschieben. Nein, die sind nicht Schuld, sondern das Land und der Bund. Wohl wissend - darauf ist auch hingewiesen worden - dass weder das Land noch der Bund in den zukünftigen Jahren Haushaltsspielräume hätten, um das zu erfüllen. Das befreit uns nicht von der Pflicht, auf unsere Notlage hinzuweisen.

Und es ist auch durchaus empfehlenswert, noch einmal auf die klare Notwendigkeit der aufgabenbezogenen Zuweisungen einzugehen. Auch unter dem Hinweis darauf, dass viele kreisangehörige Gemeinden offenkundig nach Auskunft und nach Ansicht aller Wirtschaftsinstitute überfinanziert sind, weil die Aufgaben dort nicht so hoch sind. Das war bisher nicht durchsetzbar. Das ist vielleicht einmal durchsetzbar, wenn die Abgeordneten der großen Städte gemeinsam im Landtag auftreten und auf diese Lage hinweisen.

Auch die ganze Diskussion bezüglich des Landesentwicklungsplanes, der Notwendigkeit der Oberzentren und deren Stärkung könnte uns hierbei helfen. Aber es hilft uns nicht bei der Bewältigung des eigenen Haushaltes. Hier hätte nur eine Analyse geholfen. Hier hätte nur geholfen, noch mal ganz klar darzulegen, wo sind Möglichkeiten, zukünftig Leistungen anzupassen.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht alles, was eine Pflichtleistung ist, ist der Höhe nach definiert. Dem Grunde nach ja. Aber nicht der Höhe nach. Hier kann man durchaus diskutieren. Hier muss man schauen, ob man vielleicht durch vorfristige Aktionen, durch Prävention und Ähnliches zukünftige Zahlungen verhindern kann.

Wenn hier einmal in dieser Stadt Maßnahmen vorgeschlagen werden - ich erinnere nur an das Papier zur Hilfe zur Erziehung - dann wird das furchtbar in der Luft zerrissen, anstatt erst mal damit anzufangen. Und wir haben den Erfolg jetzt, Hilfe zur Erziehung steigt um 25 % meine sehr geehrten Damen und Herren. Kein Hinweis darauf in der Debatte, sondern nur das Land ist Schuld.

Und auch die ganze Diskussion um die Einnahmesituation. Es ist vorhin richtig darauf hingewiesen worden, dass in der Stadt Magdeburg - der man meines Wissens auch keine Kommunen geschenkt hat, die genauso einen Speckgürtel, wenn nicht einen schlimmeren vor den Toren hat - die Einnahmen aus Einkommen- und Gewerbesteuer um 50 Mio. € höher liegen als hier in unserer Stadt, obwohl im Prinzip dieselben Rahmenbedingungen herrschen.

Und die SPD hat es ja erkannt, wo das Problem ist. In ihrem ursprünglichen Finanzierungsvorschlag für ihr kostenfreies Mittagessen haben sie gesagt, wenn wir die Leute in Arbeit bringen, können wir Kosten sparen. Ja, das ist das Thema. Die Frage des Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastruktur, die Frage der Möglichkeiten, die Leute zu aktivieren, um daraus eben Sozialleistungen zu minimieren und andererseits wieder Steuereinnahmen zu generieren.

Und da meine sehr geehrten Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, muss man darüber nachdenken, ob die Bekämpfung des Ausbaus des Gimritzer Damms, ob er vierspurig sein muss, ist die Frage, da kann man sicher auch andere Lösungen finden, nicht dringend geboten ist, um den Weinbergcampus zu stärken, um hier neue Ansiedlungen vorzunehmen. Von denen können wir mit Sicherheit höhere Gewerbesteuerzahlungen in der Zukunft erwarten, die den Menschen auch ein Zuzugspotenzial geben, um daraus dann zukünftig auch über den Anteil in der Einkommenssteuer unsere Zahlungsmöglichkeiten zu verbessern.

Das sind die Themen, die diskutiert werden müssten, die allerdings auch - das muss ich sagen - für einen Rat in der Haushaltsberatung schwer umsetzbar sind, weil in diesem Haushalt massiv gearbeitet wird mit gemeinsamen Deckungskreisen. D. h. man kann in einem Etat einer jeweiligen Facheinheit zwar kürzen und streichen, das hilft aber gar nichts, weil das untereinander deckungsfähig ist. Dann schiebt man es aus der anderen Richtung her, man kann was reinpacken, das kann man auch für anderes verwenden. Sammelnachweise sind ganz beliebt. D. h. die Kürzungen von Personalkosten in einem Bereich sind völlig egal, weil sie aus anderen Bereichen ausgeglichen werden können.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, lädt nicht gerade dazu ein, hier spezifisch tätig zu werden. Zumal ja auch, da muss man immer wieder darauf hinweisen, alle, die hier im Saal sitzen, ehrenamtlich tätig sind, also gar nicht die Möglichkeiten haben, ins Detail zu gehen und hier die Aufarbeitung vorzunehmen. Das wäre Aufgabe der Verwaltung gewesen. Und wir haben es erlebt in den Ausschussberatungen, dass es häufig zwei oder drei Nachfragen bedurfte, um eine Haushaltsposition zu erklären, was nicht gerade dafür spricht, dass hier wirklich noch mal intensiv gekehrt wurde, um zukünftige Lasten zu verhindern.

Auf der anderen Seite gibt es durchaus Kommunalhaushalte, die deutlich mehr Erklärungen enthalten, wo drin steht, wofür die Leistungen sind, was man damit anfängt, wo vielleicht noch Einzelpositionen diskutierbar sind. Das wurde hier maßgeblich vermieden. Eine blanke Seite mit wenigen Zahlen, ohne dieses noch mal zu untersetzen, ohne den Rat noch mal zu unterstützen. Die Stadt Magdeburg macht das seit Jahren. Es mag sein, dass der Haushalt dadurch doppelt so dick ist, aber es erleichtert natürlich dem Rat hier auch damit umzugehen.

Dieses wären die ersten Schritte, um zu versuchen, mit der allgemeinen Situation klarzukommen. Denn wie gesagt, meine Damen und Herren, wir können hier noch so viel fordern, dass uns andere das Defizit bezahlen, es wird zunehmend schwieriger. Und wenn der Landesetat, so wie der gegenwärtige Finanzminister, als er noch nicht Finanzminister war, prognostizierte von 10 Mrd. € auf 6 Mrd. € absinkt, dann wird es kaum möglich sein, dass die Kommunen mehr bekommen.

Es ist ja schon ein Erfolg gewesen, dass wir eine Absolutsumme haben im FAG und nicht wie früher eine prozentuale Zuweisung. Das hilft uns gerade hier in der Wirtschaftskrise, dass diese Daten sich nicht verändern, sondern wenigstens dieses einigermaßen kalkulierbar ist.

Wir gehen davon aus, dass 2011 bei einer Neufassung des FAG hoffentlich die Situation der großen Städte berücksichtigt wird. Aber das wird uns nicht davon befreien, über unseren eigenen Leistungsumfang nachzudenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was gegenwärtig hier betrieben wird, ist nichts weiter, als unseren Kindern das Geld wegzunehmen, um jetzt gute Leistungen hier auszuschütten. Denn die Schulden, die wir aufnehmen, die werden nicht umgelegt auf die gegenwärtigen, sondern da hoffen wir immer, dass spätere Generationen die tragen oder das andere Institutionen sozusagen die Arbeit für uns machen, um das Geld einzutreiben. Wir haben hier die Verantwortung, dieses zu tun. Und wenn uns das gelingt, dann ist es vielleicht auch möglich als diese Stadt vernünftig da zu stehen.

Ich erinnere noch an den Landkreis Weißenfels, der, als die Zwangsverwaltung kam, das Ende aller Zeiten prognostizierte, wo die Streichung von Leistungen immer als völlig unmöglich bezeichnet wurde. Es wurde durchgeführt von einem ehemaligen Finanzbeigeordneten in dieser Stadt. Und am Ende war der folgende Landrat sehr froh, dass er einen sanierten Haushalt hatte und hat viele von diesen Kürzungen auch weitergeführt und mit Stolz dann behauptet, es wäre ihm zu verdanken, dass dieser Landkreis gut da steht.

Aber offensichtlich geht es an der einen oder anderen Stelle doch, noch mal darüber nachzudenken, ob das alles so notwendig ist. Und wenn wir mal darüber nachgedacht haben und nicht uns bei folgenden Generationen bedienen, dann kann vielleicht auch die FDP-Fraktion zustimmen.

Diesem Haushalt jedenfalls können wir nicht mittragen, das ist Diebstahl an unseren Kindern.

Danke!